



Alexander Kritikos, Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Eine effektive Verteilungspolitik muss beim Zugang zu Innovationen ansetzen

Seit Trumps Wahlsieg wurde es oft wiederholt: Seine Wählerschaft setze sich mehrheitlich aus den „Verlierern der Globalisierung“ zusammen, Menschen also, die kaum mehr von ihrer Hände Arbeit leben könnten. Auch in Europa wird über die Stagnation der Löhne in der unteren Hälfte der Verteilung diskutiert. Denn seit zwei Jahrzehnten sind die Lohnzuwächse vielerorts ungleich verteilt. Für den sozialen Frieden und die Stabilität in einem Land ist es aber entscheidend, dass alle am zunehmenden Wohlstand teilhaben.

In den USA wurden die Wähler mit Aussagen angelockt, wonach Einwanderung, Globalisierung und Klimaschutz der Ursprung allen Übels seien. Auch in Europa gehen populistische Bewegungen mit solchen Behauptungen auf Stimmenfang. Es geht nicht mehr um „rechts“ gegen „links“, sondern um „offen“ versus „geschlossen“: offene Grenzen, Offenheit für Innovation und für Freihandel, offene Arbeits- und Kapitalströme. Oder eben geschlossen.

Die US-Regierung hat sich für „Schließen“ entschieden und will die amerikanische Schifffahrts-, Stahl und die Kohleindustrie wiederbeleben. Wie wenig wirkungsvoll solche rückwärtsgewandten und über staatliche Subventionen finanzierten Politikmaßnahmen sind, wissen wir in Deutschland zur Genüge. Im Ruhrgebiet hat man vor 30 Jahren vergeblich versucht, mittels Subventionen das Rad des Strukturwandels aufzuhalten. Länder, die eine solche Politik verfolgen, werden erhebliche Wohlstandsverluste erleiden. Ob Regierende ihre Versprechen an die „Verlierer der Globalisierung“ so halten können, ist mehr als fraglich.

Warum aber profitiert nicht jeder von den Chancen der Globalisierung? Es fällt auf, dass trotz grundlegender Innovationen das Wirtschaftswachstum in den vergangenen 20 Jahren überraschend schwach verlaufen ist. Der Grund: Während global agierende Firmen auf der Basis dieser Innovationen ein robustes Wachstum verzeichnen, hat sich die Kluft zwischen den Weltmarktführern und anderen Firmen erhöht. Also funktioniert der Wissenstransfer hin zu kleinen

und mittelständischen Unternehmen (KMUs) nur noch schlecht. Gleichzeitig investieren diese KMUs immer weniger in Forschung und Entwicklung, um Wissen zu generieren.

Es sind also nicht Innovationen per se, die das Wirtschaftswachstum so schwach und das Einkommenswachstum so ungleich machen. Es ist der ungleich verteilte Zugang zu Innovationen und der verlangsamte Prozess der Verbreitung von Innovationen. Folgt man den Populisten und schließt seine Grenzen, so wird sich die Streuung von Innovationen zusätzlich verlangsamen.

Offenheit ist essenziell für ein höheres Wirtschaftswachstum. Das heißt für die Politik, dass sie für einen besser funktionierenden „Markt der Ideen“ die Verbreitung von Wissen und Innovation mehr fördern muss, und nicht nur Innovationen per se. Auf Unternehmensseite etwa, indem KMUs besseren Zugang zu den Ergebnissen staatlich geförderter Forschung und Entwicklung (F&E) bekommen und indem sie stärkere Anreize für private Investitionen in F&E erhalten. Es müssen auch mehr Netzwerke zwischen Universitäten, Forschungsinstituten und Start-ups ausgebaut werden, so dass aus Forschungsergebnissen neue, schnell wachsende Unternehmen entstehen können. Dafür brauchen kleinere Unternehmen nach wie vor einen besseren Zugang zu Risikokapital.

Auf Seite der Beschäftigten stehen drei Maßnahmen an. Erstens: Mehr Gewinnbeteiligung, auch für Beschäftigte mit Löhnen im unteren Bereich der Lohnverteilung, um diese Menschen an positiver wirtschaftlicher Entwicklung teilhaben zu lassen. Zweitens: Besserer Zugang zu Wissen, zu neuen Formen der Weiterbildung, die bessere Jobperspektiven eröffnen. Drittens: Der Anteil derer, die in Deutschland ohne Berufsabschluss aktiv sind (derzeit mehr als 10 Prozent), muss gesenkt werden. Berufsrelevantes praktisches Wissen wird immer notwendiger werden.

Der Wohlstand muss in Zukunft besser aufgeteilt werden. Hierfür lohnt es, nicht erst bei einer nachträglichen Umverteilung anzusetzen, sondern viel früher, nämlich bei einem besseren Zugang zu Wissen und Innovationen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Simon Junker
Dr. Kati Krähnert

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.